

24. März 2018 - 00:04 Uhr · Peter Grubmüller · Kultur

"Ich appelliere an alle: Zurück zur Sachlichkeit"



Für sein Büro suchte er Kunst von Martha Jungwirth und Brigitte Kowanz aus. Bild: BKA

Kulturminister Blümel fordert im OÖN-Interview eine Kooperation von öffentlich-rechtlichen und privaten Medien.

Kultursponsoring ist steuerlich weiterhin nicht abzusetzen, aber trotz des Sparkurses der Regierung ist Kultur- und Medienminister Gernot Blümel (ÖVP) stolz, dass er das Kulturbudget mit 456,6 Millionen Euro quasi halten konnte. Im Gespräch mit den OÖN bekennt sich der 36-Jährige obendrein zu einem durch die öffentliche Hand teilfinanzierten ORF und zur Verbesserung des Service-Charakters von Kultur-Institutionen.

OÖNachrichten: Jahrelang hat die SPÖ die Kultur der Republik regiert. Wie werden Sie jetzt die Farbe Türkis erkennbar machen?

Gernot Blümel: Ich verstehe Politik nicht so, aus Prinzip alles anders machen zu müssen. In der Vergangenheit ist auch viel Gutes passiert, wenn ich zum Beispiel an Josef Ostermayer denke, mit dem ich noch regelmäßig Kontakt habe, der sich im Kulturbereich sehr engagiert hat. Mein Ansatz ist, zu verbessern, wo es Bedarf gibt.

Zum Beispiel?

Ein Aspekt ist, Kindern und Jugendlichen den Zugang zur Kultur zu erleichtern. Es gibt bis heute keine Auflistung, was für Kinder und Jugendliche alles vorhanden ist. Also werden wir noch in diesem Jahr eine Plattform mit den ersichtlichen Angeboten erstellen. Niemand weiß zum Beispiel, wo und bis zu welchem Alter es in Bundesmuseen freien Eintritt gibt. Diesen Servicecharakter werden wir auch im Bundesdenkmalamt ausbauen. Menschen, die ein denkmalgeschütztes Gebäude besitzen, erleben das Amt ja nicht gerade als Serviceeinrichtung. In anderen Ländern gibt es ein Grüss darum, Gebäude unter Denkmalschutz zu stellen, was auch mit steuerlichen Erleichterungen zu tun hat, die wir in diesem Budget noch nicht abbilden konnten. Aber das Bundesdenkmalamt soll lösungs- und serviceorientiert etwa einen bestimmten benötigten Hausputz im Sinne des Denkmalschutzes vermitteln können.

Apropos Budget, sind Sie mit 456,6 Millionen Euro für die Kultur zufrieden?

Mehr ist immer gut, aber ich bin sehr zufrieden, dass wir es geschafft haben, den Kunst- und Kulturbereich vom Sparen auszunehmen und ihn sogar leicht positiv entwickeln zu lassen. Obwohl wir als Bundesregierung klar gesagt haben, dass wir ein Ende der Schuldenpolitik einleiten und keine neuen Steuern einführen wollen. Ich habe mich mit etlichen Stakeholdern im Kunst- und Kulturbereich getroffen, um deren Wünsche abzuholen – und was von allen gekommen ist, war: Bitte nicht sparen. Ich bin froh, dass das gelungen ist.

Ihr Vorgänger Thomas Drozda hat mit vielen Personalentscheidungen noch einige kulturpolitische Pflöcke eingeschlagen. Von Bogdan Roscic in der Staatsoper ab Herbst 2020 über Martin Kusej am

Burgtheater bis zu Eike Schmidt statt Sabine Haag im Kunsthistorischen Museum – jeweils ab Herbst 2019. Ärgert es Sie, dass Ihr Handlungsspielraum dadurch eingeschränkt ist?

Das sind alles Persönlichkeiten, die eine hohe Berechtigung haben. Die Performance kann man nur retrospektiv bewerten.

Wie wollen Sie gewährleisten, dass lediglich Medienunternehmen, die Journalisten auch nach Kollektivvertrag beschäftigen, Presseförderung bekommen?

Das Ziel ist, dass es in Österreich einen funktionierenden, pluralistischen Medienmarkt auf privaten Beinen gibt, neben einem funktionierenden öffentlich-rechtlichen. Dieses duale System ist für eine funktionierende Demokratie sehr wichtig. Die Frage ist: Wie stellen wir sicher, dass österreichische Inhalte auch in 10, 15 Jahren, speziell im digitalen Raum, noch existieren. Darüber hinaus geht es darum, wie sich private Medien im zunehmend wichtiger werdenden digitalen Raum finanzieren können. Die schonungslose Analyse ist: Momentan können sie es gar nicht. Und wenn man als Staat nichts tut, dann werden in Zukunft im digitalen Raum keine österreichischen Inhalte mehr existieren. Wir müssen weg von diesem österreichischen Verhalten: Öffentlich-Rechtliche gegen Private. Der gemeinsame Konkurrent liegt außerhalb: Da ist Google, Facebook etcetera, die im digitalen Raum alles abschöpfen. Es braucht eine Kooperation zwischen Öffentlich-Rechtlichen und Privaten, beide müssen sich als Partner verstehen.

Noch einmal: Ist die Anwendung des Journalisten-Kollektivvertrags ein Kriterium für die Presseförderung?

Diese Frage wird langfristig kein Problem lösen. In erster Linie muss man es den Unternehmen ermöglichen, auf wirtschaftlich gesunden Beinen zu stehen. Andernfalls kommen wir zu keinem Schlüssel, mit dem alle zufrieden sind.

Sie bekennen sich zum dualen System, aber Ihr Koalitionspartner FPÖ hat die Abschaffung – und danach zumindest die drastische Reduzierung – der ORF-Gebühren gefordert...

...das Gute ist die Diskussion darüber, aber die Debatte muss ent-emotionalisiert werden. Wir brauchen einen echten medienpolitischen Diskurs in Österreich, den es derzeit noch nicht gibt.

Die Emotion hat die FPÖ in diese Debatte getragen.

Fakt ist, es hat niemandem geholfen, sondern allen geschadet. Deshalb appelliere ich an alle: Zurück zur Sachlichkeit. Auch deshalb wird es im späten Frühjahr eine Medienenquete geben.

90 Prozent des gesamten Kulturbudgets gehen nach Wien – zu Bundesmuseen, Bundestheatern und so weiter. Wie stellen Sie sicher, dass auch die Bundesländer vermehrt in den Genuss von Förderungen und zu bundesweiter Berücksichtigung kommen?

Der Bund hat per Definition die Aufgabe, überregionale Projekte zu fördern. Medienpolitisch hat der ORF mit seinen neun Landesstudios die Möglichkeit, diesem Auftrag nachzukommen. Generell ist der regionale Bezug eine der Fragen, die es im Zusammenhang mit einer Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Auftrags zu diskutieren gilt.

Gerade das Ars Electronica Center in Linz wäre so ein überregionales Ereignis mit Alleinstellungsmerkmal. Warum beteiligt sich der Bund dennoch nicht an den aktuellen Umbauten in der Höhe von drei Millionen Euro?

Es ist schön und lobenswert, dass es in den Ländern viele Kulturinitiativen gibt, die überregional ausstrahlen. Was alles gefördert wird, ist schlicht eine budgetäre Frage. Wir können nicht alles unterstützen, was auch aus meiner Sicht würdig wäre, gefördert zu werden.

Kultursponsoring ist nur für gemeinnützige Organisationen, wie die Salzburger Festspiele, steuerlich begünstigt. Orchester oder kleine Theater können nicht gemeinnützig werden, sind aber auf Sponsoren angewiesen. Wie verbessern Sie diese Situation?

Wir haben uns bemüht, das zu bedenken. Aber das Budget schaut jetzt so aus, wie es ist. An diese Haushaltsdisziplin fühle ich mich gebunden. Schauen wir, was wir bei den nächsten Budgetverhandlungen erreichen.

In der Hotellerie wird der Umsatzsteuersatz auf zehn Prozent gesenkt. Warum beträgt dieser Satz bei Eintrittskarten und dergleichen bei Kulturveranstaltungen weiterhin 13 Prozent?

Es gibt auch Budgetverhandlungen für die Zeit nach 2019.

In Oberösterreich wurden in der Kultur 20 Prozent eingespart. Die Förderung der freien Szene schlüsselt sich so auf, dass der Bund nur dann Geld zugesteht, wenn auch das Land fördert – und davon rund ein Drittel. Das bedeutet, die Basis für die Bundesförderung verringert sich und am Ende gibt's noch weniger Geld. Werden Sie diese Entwicklung abfedern?

Zunächst möchte ich meinen Respekt für Landeshauptmann Thomas Stelzer aussprechen. Es ist schon hervorragend, wie in Oberösterreich gearbeitet wird. Bis zu einem gewissen Grad haben wir uns die oberösterreichische Budgetpolitik auch im Bund zum Vorbild genommen. Eine gesetzlich geregelte generelle Koppelung bei Förderungen gibt es nicht, das muss man sich von Einzelfall zu Einzelfall ansehen.

Quelle: [nachrichten.at](https://www.nachrichten.at)

Artikel: [https://www.nachrichten.at/nachrichten/kultur/ich-appelliere-an-alle-zurueck-zur-Sachlichkeit;art16,2850232](https://www.nachrichten.at/nachrichten/kultur/ich-appelliere-an-alle-zurueck-zur-sachlichkeit;art16,2850232)

© OÖNachrichten / Wimmer Medien 2018 · Wiederverwertung nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung